

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2023-0.603.863

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)15973/J-NR/2023

Wien, am 18. Oktober 2023

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Julia Elisabeth Herr, Kolleginnen und Kollegen haben am 18. August 2023 unter der Nr. **15973/J-NR/2023** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Ministeriumsinterne Maßnahmen für den Klimaschutz im Jahr 2023“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- 1. Welche konkreten Klimaschutzmaßnahmen hat Ihr Ministerium seit Antritt der aktuellen Bundesregierung ergriffen, um die durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen (bspw. durch Fuhrpark, Heizung, Veranstaltungen, Verwaltung) zu senken?
 - a. Welcher Betrag (in Euro) wurde dafür investiert?
 - b. Wie viele Tonnen CO₂ können damit eingespart werden?
- 2. Welche Klimaschutzmaßnahmen planen Sie bis zum Jahresende 2023 zu ergreifen, um die durch ihr Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallenden CO₂-Emissionen (bspw. durch Fuhrpark, Heizung, Veranstaltungen, Verwaltung) zu senken?
 - a. Welcher Betrag (in Euro) soll dafür investiert werden?

b. Wie viele Tonnen CO₂ sollen dadurch eingespart werden?

Grundsätzlich wird auf die Ausführungen in der Anfragebeantwortung vom 21. September 2022 zur Anfrage Nr. 11946/J-NR/2022 vom 21. Juli 2022 betreffend „Ministeriumsinterne Maßnahmen für den Klimaschutz im Jahr 2023“ verwiesen. Sämtliche dort angeführten Maßnahmen werden weiterverfolgt.

Zudem wird aktuell die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des Gebäudes der Zentralstelle des Bundesministeriums für Justiz geplant und voraussichtlich werden die Bauarbeiten hierzu noch im Jahr 2023 beginnen.

Das Pilotprojekt der Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H. in Zusammenarbeit mit der Verbund AG zur Errichtung von Ladestationen für Elektro-Autos wurde am Standort des Landesgericht Wels umgesetzt und bereits in Betrieb genommen.

Weiters erfolgte seit der letzten Anfragebeantwortung die Inbetriebnahme von Photovoltaikanlagen an den Standorten des Bezirksgericht Seekirchen (33 kWp, vermiedene CO₂-Emissionen nicht bekannt) und des Landesgericht Leoben (28,7 kWp, vermiedene CO₂-Emissionen im Ausmaß von 14.283 kg/Jahr).

Gegenwärtig werden Photovoltaikanlagen an verschiedenen Gerichtsstandorten, darunter das Landesgericht Eisenstadt, das Landesgericht Ried im Innkreis, das Landesgericht St. Pölten sowie der Justizpalast Wien errichtet bzw. stehen solche in Planung.

Im Bereich der dem Justizressort zuzuordnenden Justizbetreuungsagentur wurden zwischenzeitlich die Halogen- durch LED-Leuchten ersetzt und es werden auch die Tischleuchten auf LED-Leuchtmittel umgestellt. Weiterhin werden die Mitarbeiter:innen angewiesen, die Beleuchtung ausschließlich bei Bedarf einzuschalten. Thermostate wurden kontrolliert und schadhafte ausgetauscht. Im Hinblick auf die bestehende Strom-Infrastruktur steht die Justizbetreuungsagentur weiterhin in regelmäßigem Kontakt mit der Hausverwaltung.

Im Straf- und Maßnahmenvollzug hat das Bundesministerium für Justiz bereits im Jahr 2004 mit Energiespar-Contractings begonnen und führt diese nach wie vor weiter. Daneben werden im Rahmen von Neu-, Zu- und Umbauten sowie auch bei Instandsetzungen entsprechende Klimaschutzmaßnahmen berücksichtigt, sofern es der budgetäre Rahmen zulässt. Konkret wurden neben den laufenden Energiespar-Contractings im Jahr 2021 jene

für die Justizanstalten Stein und Garsten erneuert. Maßnahmen im Rahmen der Energiespar-Contractings werden aus diesen finanziert.

Ferner ist die Montage einer Photovoltaikanlage in der Justizanstalt Schwarzau bereits eingeleitet. Weiters ist der Einbau einer Photovoltaikanlage in der Justizanstalt Innsbruck geplant. Die Investitionen für diese beiden Photovoltaikanlagen betragen in etwa 1,223 Millionen Euro inkl. USt und kann von etwa 119,13 Tonnen CO₂-Einsparungen pro Jahr ausgegangen werden

Darüber hinaus wird auf die Antwort zur Frage 8 verwiesen.

Die Investitionskosten für Baumaßnahmen im Straf- und Maßnahmenvollzug im Zusammenhang mit Klimaschutzmaßnahmen betrugen:

- Flachdachsanierung (Buchbinderei) in der Justizanstalt Stein: rund 92.000 Euro inkl. USt.
- Dachsanierung (Betriebsgebäude) in der Justizanstalt Garsten: rund 102.000 Euro inkl. USt.
- Einbau einer thermischen Türanlage in der Justizanstalt Innsbruck: rund 9.000 Euro inkl. USt
- Erneuerung der Fenster im Zellentrakt des FTZ Wien-Mittersteig: dies erfolgte im Rahmen einer umfangreichen Generalsanierung des Zellentraktes, die Kosten sind Bestandteil der Gesamtkosten und können daher nicht gesondert ausgewiesen werden.

In Hinblick auf die laufenden Energiespar-Contractings und die genannten Investitionen wird im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzugs mit CO₂-Einsparungen von etwa 3000 Tonnen pro Jahr gerechnet.

Zu Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Fuhrpark wird auf die Antworten zu den Fragen 16, 17 und 19 verwiesen.

Zu den Fragen 3 bis 5:

- *3. Wie groß ist das Einsparungspotenzial pro Jahr für in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallende CO₂-Emissionen bis zum planmäßigen Ende der aktuellen Legislaturperiode? (mit Bitte um Angabe in Prozent im Vergleich zum Status quo)*

- 4. *Wie groß ist das Einsparungspotenzial pro Jahr für in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) anfallende CO₂-Emissionen bis 2030? (mit Bitte um Angabe in Prozent im Vergleich zum Status quo)*
- 5. *Welche Schritte setzen Sie, um die CO₂-Emissionen in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerten Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) zu erheben?*

Für die Zentralstelle des Bundesministeriums für Justiz können die CO₂-Emissionen mit den vorhandenen Ressourcen nicht erhoben werden. Es finden weiterhin Gespräche hinsichtlich eines Energiespar-Contractings statt, die Frage wird dabei erörtert werden.

Zusätzlich zu den Ausführungen der Anfragebeantwortung vom 21. September 2022 zur Anfrage vom 21. Juli 2022 (Nr. 11946/J-NR/2022), erfolgte die Teilnahme des Bundesministeriums für Justiz an der interministeriellen Arbeitsgruppe der Bundesbeschaffung GmbH zum Thema „Energiemanagementsoftware“. Die Implementierung einer derartigen Software wird jedenfalls befürwortet.

In den Justizanstalten wurden - in baulicher Hinsicht - wie bereits zu den Fragen 1 und 2 ausgeführt - seit dem Jahr 2004 umfangreiche Energieeinsparmaßnahmen im Rahmen von Energiespar-Contractings gesetzt. Daher haben sich die Möglichkeiten für weitere Einsparungen entsprechend verringert. Ausgehend von den bestehenden und neu begonnenen Energiespar-Contractings sowie der Umsetzung kleinerer baulicher Maßnahmen (unter der Voraussetzung der budgetären Gegebenheiten) wird im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzugs mit Einsparungen von zumindest mit 22% zu rechnen sein.

Zur Erhebung der CO₂-Emissionen im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzugs erfolgen durch die jeweiligen Dienststellen der Abruf des jährlichen Energieverbrauchs und die Weiterleitung an den Energieexperten des Ressorts; die vollständigen Berichte werden für die Erstellung des jährlichen Energieberichtes an die Energieberater des Bundes weitergeleitet.

Das mögliche CO₂-Einsparungspotenzial betreffend den Fuhrpark der Justizanstalten inkl. des Fuhrparks für die Zentralstelle und die Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen wird auf durchschnittlich rund 4% pro Jahr geschätzt.

Zu den Fragen 6 bis 11:

- 6. Das Regierungsprogramm sieht verbindliche Klimaschutz-Richtlinien für alle Institutionen des Bundes (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) vor. Hält sich Ihr Ministerium bereits an diese?
 - a. Wenn ja, an welche und wie?
 - b. Wenn nein, warum nicht?
- 7. Die öffentliche Hand soll bei der thermischen Sanierung Vorbildwirkung haben. Hält sich Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) an die 3% Sanierungsquote?
 - a. Wenn nein, wie hoch ist die Sanierungsquote?
 - b. Viele Gebäude befinden sich im Eigentum der BIG oder ihrer Beteiligungen. Befinden Sie oder Ihr Ministerium sich im Austausch, um die Sanierungsquote von 3% einzuhalten?
 - c. Wenn sich Gebäude im Eigentum anderer Institutionen befinden, stehen Sie oder Ihr Ministerium mit diesen im Austausch, um die Sanierungsquote von 3% einzuhalten?
- 8. Welche Sanierungsprojekte wurden seit Antritt der Bundesregierung durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) abgeschlossen?
 - a. Welche Maßnahmen wurden dabei gesetzt?
 - b. Um wie viel wurde dabei der jährliche Energieverbrauch gesenkt?
 - c. Wie viel CO₂ wurde damit gespart?
- 9. Welche Sanierungsprojekte in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) befinden sich aktuell in Planung oder Umsetzung?
 - a. Welche Maßnahmen werden dabei gesetzt?
 - b. Um wie viel wird dabei der jährliche Energieverbrauch gesenkt werden?
 - c. Wie viel CO₂ wird damit gespart werden?
- 10. Welche Neubauprojekte wurden seit Antritt der Bundesregierung durch Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) abgeschlossen?
 - a. Wurde dabei der Niedrigstenergiehaus-Standard eingehalten?
 - b. Wenn ja, bei welchen Projekten?
 - c. Wenn nein, bei welchen Projekten nicht?
 - d. Wurden bei den Neubauprojekten PV-Anlagen installiert?
 - e. Mit welcher Leistung?

- *11. Welche Neubauprojekte in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) befinden sich aktuell in Planung oder Umsetzung?*
 - a. Wird dabei der Niedrigstenergiehaus-Standard eingehalten?*
 - b. Wenn ja, bei welchen Projekten?*
 - c. Wenn nein, bei welchen Projekten nicht?*
 - d. Werden bei den Neubauprojekten PV-Anlagen installiert werden?*
 - e. Mit welcher Leistung?*

Die Gebäude der Zentralstelle des Bundesministeriums für Justiz befinden sich nicht in deren Eigentum, sondern werden angemietet. Eine Beantwortung ist mangels ho. vorliegender Informationen nur durch die jeweiligen Vermieter:innen möglich. Zudem stehen diese Gebäude teilweise unter Denkmalschutz und liegen in einer Schutzzone in Wien. Das Bundesministerium für Justiz befindet sich im regelmäßigen Austausch mit den Eigentümer:innen zur Steigerung der Energieeffizienz dieser Gebäude, die Durchführung obliegt jedoch den Eigentümer:innen. Neubauprojekte für den Bereich der Gebäude der Zentralleitung des Bundesministeriums für Justiz werden nicht durchgeführt.

Das aktuell einzige Neubauprojekt des Justizressorts im Bereich der Gerichtsbarkeit, „Bezirksgericht Seekirchen am Wallersee“ ging im März 2023 in Betrieb und wurde entsprechend den Kriterien von klima:aktiv mit dem Qualitätsstandard „GOLD“ ausgezeichnet. Weiters wurde eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 38kWp installiert.

Im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzugs werden Neubauten im Niedrigstenergiehaus-Standard umgesetzt und PV-Anlagen werden errichtet, soweit technisch und wirtschaftlich möglich. Entsprechende Maßnahmen sind allerdings stets von den budgetären Voraussetzungen abhängig. Die Bundesimmobilien Gesellschaft ist innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs selbst zu entsprechenden Maßnahmen angehalten. Darüber hinaus bestehen keine anderen Eigentümer der österreichischen Justizanstalten.

Die nachstehenden Sanierungsprojekte im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzugs wurden bereits abgeschlossen:

- Sanierung des Zellentraktes im FTZ Wien-Mittersteig
- Generalsanierung und Funktionsadaptierung des Zellentraktes in der Justizanstalt Graz-Karlau (Bauteil 1)
- Dachsanierung in der Justizanstalt Stein

- Dachsanierung in der Justizanstalt Garsten
- Einbau einer thermischen Türanlage in der Justizanstalt Innsbruck

Dabei erfolgte die Erneuerung von Fenstern, die Optimierung von Wärmedämmungen bei den Dachsanierungen und der Einbau einer thermischen Türanlage. Es handelt sich dabei um einzelne Maßnahmen, zu denen aktuell keine Berechnungen zur Senkung des Energieverbrauchs sowie zu CO₂-Einsparungen vorliegen.

Als Neubauprojekte wurden der Dachbodenausbau in der Justizanstalt Suben und die Erweiterung in des FTZ Asten bereits abgeschlossen. Im Zuge des Dachbodenausbaus in der Justizanstalt Suben wurde eine PV-Anlage mit einer Leistung von 115 kWp installiert.

Weiters befinden sich im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzugs aktuell die Weiterführung der Generalsanierung und Funktionsadaptierung des Zellentraktes in der Justizanstalt Graz-Karlau (Bauteil 2+3), die Fassadensanierung durch Aufbringen von Vollwärmeschutz im FTZ Wien-Mittersteig sowie die Dämmung der obersten Geschoßdecken in der Justizanstalt Garsten in Planung.

In Planung sind außerdem die Errichtung eines neuen Einfahrts- und Eingangsgebäudes samt Besucherzentrum in der Justizanstalt Sonnberg sowie eine Erweiterung des FTZ Göllersdorf, bei denen der Niedrigstenenergiehaus-Standard eingehalten werden soll. Es werden im Rahmen der budgetären Möglichkeiten bei allen Neubauprojekten PV-Anlagen mitberücksichtigt. Beim Projekt Sonnberg soll diese eine Leistung von 84 kWp aufweisen, beim FTZ Göllersdorf ist die Leistung noch abhängig vom Planungsergebnis.

Zur Frage 12:

- *Nutzt Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) bereits 100% Umweltzeichen-zertifizierten Ökostrom?*
 - a. *Wenn ja, seit wann?*
 - b. *Wenn nein, wann wird es so weit sein?*
 - c. *Was sind die Gründe für die Verzögerung?*

Das Bundesministerium für Justiz-Zentralleitung bezieht Strom über einen Vertrag der Bundesbeschaffung GmbH. Der Energielieferant ist seit Anfang des Jahres 2022 die Naturkraft Energievertriebsgesellschaft m.b.H., welche gem. BBG Auszeichnung 100 % des gelieferten Stroms aus erneuerbaren Energiequellen generiert und das Siegel des österreichischen Umweltzeichens hat.

Seit 2022 wird auch der Strom für Österreichs Justizanstalten nahezu ausschließlich über das Unternehmen Naturkraft bezogen. Nuklearenergie ist als Primärenergieträger nicht gestattet. Als Bundesdienststellen sind die österreichischen Justizanstalten verpflichtet, Strom über den E-Shop zu beziehen. Vor 2022 fand der Bezug über mehrere Anbieter aus dem E-Shop statt; es wäre daher mit einem unverhältnismäßig großen Verwaltungsaufwand verbunden, zu erheben, welche dieser Anbieter damals nabe-zertifiziert waren.¹

Zur Frage 13:

- *Erfüllen alle Veranstaltungen Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) die Mindeststandards der Umweltzeichen-Kriterien für Green Events sowie Green Meetings?*
 - a. Wenn ja, welche Maßnahmen setzen Sie, um mehr als die Mindeststandards zu erfüllen?*
 - b. Wenn nein, warum nicht?*

Das Bundesministerium für Justiz-Zentralleitung ist bestrebt, unter besonderer Berücksichtigung von Aspekten des Umwelt- und Klimaschutzes sowie der Nachhaltigkeit die bestmöglichen organisatorischen Rahmenbedingungen für eine zügige und qualitätsvolle Aufgabenerfüllung zu schaffen. Für Veranstaltungen werden die Anforderungen der Umweltzeichen-Kriterien für Green Events und Green Meetings erfüllt.

Zur Frage 14:

- *Welche Klimaschutz-Vorgaben für Dienstreisen sowie für das Mobilitätsmanagement setzen Sie in Ihrem Ministerium?*

Dienstreisen werden nach Möglichkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, insbesondere mit dem Zug, absolviert. Seit 2022 müssen neu angeschaffte Fahrzeuge Nullemissionsfahrzeuge sein. Hierfür gibt es wenige, genau definierte Ausnahmen (tägliche Fahrtstrecke übersteigt bestimmte Werte, regelmäßiges Aufladen des Fahrzeugs ist nicht gewährleistet oder ein reines Elektrofahrzeug ist in der betriebsbedingt erforderlichen Größe oder Ausstattung nicht verfügbar, Einsatzfahrzeuge). Trifft eine der Ausnahmen zu und muss ein Fahrzeug mit einem Verbrennungsmotor beschafft werden, so sind die entsprechenden Grenzwerte für CO₂-Emissionen zu berücksichtigen.

Zur Frage 15:

¹ Hinsichtlich der nabe-Kriterien für Strom wird auf Strom - naBe verwiesen.

- *Wie setzt sich der Fuhrpark Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) zusammen?*
 - a. Wie viele Verbrenner?*
 - b. Wie viele Elektrofahrzeuge?*
 - c. Wie viele Hybridfahrzeuge?*
 - d. Wie viele Fahrzeuge mit anderen alternativen Antrieben? (inkl. Angabe welcher Antriebe)*

Mit Stand 5. September 2023 setzt sich der Fuhrpark im Bereich der Gerichtsbarkeit sowie der Zentralstelle aus folgenden Fahrzeugen zusammen:

- a. Verbrenner: 23
- b. Elektrofahrzeuge: 2
- c. Hybridfahrzeuge: 15
- d. Fahrzeuge mit alternativen Antrieben: 0

Der Fuhrpark im Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzugs besteht aus den folgenden Fahrzeugen:

- a. Verbrenner: 171 (davon 121 PKW, die übrigen KFZ sind Busse, Zugmaschinen, LKW, Hoflader und selbstfahrende Arbeitsmaschinen)
- b. Elektrofahrzeuge: 6
- c. Hybridfahrzeuge: 0
- d. Fahrzeuge mit alternativen Antrieben: 0

Zu den Fragen 16, 17 und 19:

- *16. Wie setzen sich die Neuanschaffungen gemäß der in der Frage zuvor getroffenen Unterscheidung für folgende Jahre in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) zusammen?*
 - a. 2019*
 - b. 2020*
 - c. 2021*
 - d. 2022*
 - e. 2023 (zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung)*
 - f. 2023 (geplante Anschaffungen)*
 - g. 2024 (geplante Anschaffungen)*

- 17. Gemäß Regierungsprogramm soll die Anschaffung von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotoren zur Ausnahme werden, die auch begründet werden muss. Wie begründen Sie die angeschafften Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor?
- 19. Wie bereitet sich Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) auf das geplante komplette Aus für Neuzulassungen von Kfz (PKW) mit Verbrennungsmotoren in der öffentlichen Beschaffung ab 2027 vor?

Für die Frage 16 Punkte e. bis g. setzen sich die Neuanschaffungen wie folgt zusammen:

- im Bereich der Gerichtsbarkeit sowie der Zentralstelle:

Jahr	Verbrenner	Hybrid	Elektro
e. 2023 (zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung)	0	1	6
f. 2023 (geplante Anschaffungen)	0	0	6
g. 2024 (geplante Anschaffungen)	0	0	9

- im Bereich des Straf-und Maßnahmenvollzugs:

Jahr	Verbrenner	Hybrid	Elektro
e) 2023 (zum Zeitpunkt der Anfragebeantwortung)	17	0	5
f) 2023 (geplante Anschaffungen)	17	0	0
g) 2024 (geplante Anschaffungen)	41	0	1

Im Übrigen wird auf die Anfragebeantwortung vom 21. September 2022 zur Anfrage vom 21. Juli 2022 (Nr. 11946/J-NR/2022) verwiesen.

Für Fahrzeuge, die für den Einsatz durch den Katastrophenschutz, die Feuerwehr und die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zuständigen Kräfte, also auch für die Justizwache, konstruiert und gebaut oder dafür angepasst wurden, gilt die Ausnahme vom Geltungsbereich des Straßenfahrzeug-Beschaffungsgesetzes (§ 4 Z 1 SFBG). Des Weiteren sind die Einsatzfahrzeuge des Fuhrparks der Justizanstalten gemäß dem Nationalen Aktionsplan nachhaltiger Beschaffung von diesem ausgenommen.

Dennoch ist die Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen bestrebt, jene Fahrzeuge im Bereich der Justizwache, welche nicht unmittelbar und dauerhaft für Einsatzfahrten in Verwendung stehen, sukzessive gegen alternativangetriebene Fahrzeuge bzw. Elektrofahrzeuge auszutauschen.

Der Investitionsbetrag für die Neuanschaffungen kann nicht angegeben werden, weil es sich um Leasingfahrzeuge handelt und die Kostendifferenz zu vergleichbaren Fahrzeugen mit Verbrennermotor nicht bekannt bzw. eruierbar ist. Die geschätzte jährliche Einsparung bei einer Jahreslaufleistung von durchschnittlich 20.000 km pro Fahrzeug und einem angenommenen CO₂-Ausstoß von 131g/km (Referenzfahrzeug: VW Touran, 90 kW) beträgt rund 2,62 Tonnen CO₂ pro Fahrzeug. Somit ergeben sich durch sieben Elektrofahrzeuge 18,34 Tonnen und durch zwei Hybridfahrzeuge 2,76 Tonnen (gerechnet mit rund 69g/km CO₂-Einsparung gegenüber dem Diesel-Referenzfahrzeug) und damit gesamt eine Reduktion von rund 21,1 Tonnen CO₂ pro Jahr für den Bereich des Straf- und Maßnahmenvollzugs.

Da der Fuhrpark von den Leasingverträgen und deren Laufzeit abhängt, können im Jahr 2023 diesbezüglich keine weiteren Maßnahmen seitens der Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen ergriffen werden.

Zur Frage 18:

- *Gibt es an allen Standorten Ihres Ministeriums (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) bereits E-Ladestationen?*
 - a. Wenn ja, wie viele?*
 - b. Wenn ja, reichen diese für die aktuelle Nachfrage aus?*
 - c. Wie viele E-Ladestationen kamen in den Jahren 2019, 2020, 2021, 2022 und 2023 hinzu?*
 - d. Wie viele neue E-Ladestationen sind für die Jahre 2023 und 2024 geplant?*

Die Zentralstelle des Bundesministeriums für Justiz verfügt aktuell über fünf gleichzeitig benutzbare Lademöglichkeiten. Da es sich um mobile Ladestationen handelt, können diese relativ einfach und schnell erweitert werden. Im Jahr 2023 wurde die Errichtung einer DC-Schnelllademöglichkeit mit 50kW-Kapazität beauftragt. Zum Zeitpunkt der Anfragenbeantwortung wird noch auf die Ausführung dieser beauftragten Arbeiten durch den Werkunternehmer gewartet.

Im Rahmen des Neubaus der Justizanstalt Klagenfurt ist eine Ladestation für Bedienstete und Besucher:innen geplant. Bei der Planung von E-Ladestationen ist zu berücksichtigen,

dass ca. 50% der Gebäude des Straf- und Maßnahmenvollzugs im Eigentum der Bundesimmobiliengesellschaft stehen und E-Ladestationen nur nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten in Aussicht genommen werden können. Hinsichtlich budgetärer Priorisierungen ist zu beachten, dass für alle neu angeschafften Elektrofahrzeuge so genannte Moon2Go Ladekabel mitangeschafft werden, sodass ein problemloses Laden für die vorhandenen E-Fahrzeuge flexibel in jeder Justizanstalt möglich ist.

Zur Frage 20:

- *Haben Sie in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) bereits ein flächendeckendes Umweltmanagementsystem eingeführt?*
 - a. *Wenn ja, wie sieht dieses aus?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*

Es wird auf die bisherigen Ausführungen verwiesen. In der Zentralstelle des Bundesministeriums für Justiz besteht ein Energieeffizienzbeauftragter, eine Green-Meeting-Beauftragte und ein Abfallwirtschaftsbeauftragter, die sich jeweils um Umweltmanagement kümmern.

Zur Frage 21:

- *Wie groß ist der Anteil der regionalen und saisonalen Beschaffung in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen)?*
 - a. *Welche Schritte setzen Sie, um das Regierungs-Ziel von 100% zu erreichen?*

Die öffentlichen Dienststellen unterliegen dem Bundesvergabegesetz. In Folge dessen werden die meisten Beschaffungen über den E-Shop der BBG abgewickelt. 40% (Stand 1. HJ 2023) der erfolgten Abrufe des Bundesministeriums für Justiz – Generaldirektion für den Strafvollzug und den Vollzug freiheitsentziehender Maßnahmen im E-Shop stammen aus naBe-konformen Zuschlägen. Der österreichische Aktionsplan für nachhaltige Beschaffung (naBe) impliziert u.a. regionale sowie saisonale Beschaffungen.

Der E-Shop selbst setzt auf nachhaltige Beschaffungen. So gibt es eine eigene Themenwelt für Lösungen, die einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, eine klimafreundliche Auswahl (zB naBe-Kennzeichnung sowie Umweltlabel) und damit einhergehend Unterstützung bei der Einhaltung der Nachhaltigkeitsstrategie.

Die nachgeordneten Dienststellen/Justizanstalten sind angehalten über die BBG zu beschaffen und die Vorteile im Rahmen des Klimaschutzes auszunutzen.

Des Weiteren wird in den Justizanstalten der Ausbau der Ökonomien begünstigt und gefördert, was eine höhere Eigenversorgung und damit den höchsten Standard für regionale und saisonale Beschaffung darstellt (vielfach mit bio-Standard, jedoch ohne Zertifikat). 2021 wurden wertmäßig etwa 10% der in den Justizanstalten benötigten Lebensmittel in den Ökonomien produziert.

Auch die Beschaffungen in der Zentralstelle des Bundesministeriums für Justiz werden unter Berücksichtigung des Nationalen Aktionsplans für nachhaltige Beschaffung abgewickelt. Wann immer es möglich ist, wird regional und saisonal beschafft. Die Beschaffung von Lebensmitteln für die Zentralstelle erfolgt mittlerweile zum Großteil in Bioqualität.

Zur Frage 22:

- *Wie hoch ist die Bio-Quote in der Beschaffung Ihres Ministeriums (inkl. Nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen)?*
 - a. *Welche Schritte setzen Sie, um das Regierung-Ziel von 30% bis 2025 und 55% bis 2030 zu erreichen?*

Eine Abfrage der Höhe der Bio-Quote ist automationsunterstützt nicht möglich. Eine manuelle Auswertung wäre mit einem zu hohen Verwaltungsaufwand verbunden.

Zur Frage 23:

- *Bieten die Kantinen in Ihrem Ministerium (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) bereits einen täglichen Klimateller an, wie im Regierungsprogramm vereinbart?*
 - a. *Wenn ja, was sind die Kriterien für diesen?*
 - b. *Wenn nein, sind Sie oder Ihr Ministerium im Austausch mit dem Betreiber der Kantinen, um einen solchen Klimateller möglichst rasch anbieten zu können?*
 - c. *Wenn Sie solche Gespräche nicht führen, warum nicht?*

In der Kantine der Zentralstelle des Bundesministeriums für Justiz wird bei allen Menüs darauf geachtet, dass diese mindestens 50% Bio-Qualität aufweisen und die Produkte regional und saisonal sind.

Die Kantinen in den Justizanstalten sind als Betriebe eingerichtet. Dahingehend erfolgen die Beschaffungen zu einem Großteil über den E-Shop der BBG. Es darf diesbezüglich auf die

vorhergehenden Antworten verwiesen werden. Ein als Klimateller bezeichnetes Gericht wird derzeit in den Kantinen der Justizanstalten nicht angeboten, jedoch steht jedenfalls ein vegetarisches/veganes Gericht zur Auswahl.

Zur Frage 24:

- *Erreicht Ihr Ministerium im Austausch mit der Bundesbeschaffung GmbH das Ziel einer Beschaffung nach ökologischen und sozialen Mindeststandards, die sich am Umweltzeichen orientiert und Regionalität fördert?*
 - a. *Wenn ja, seit wann?*
 - b. *Wenn nein, sind Sie oder Ihr Ministerium im Austausch mit der Bundesbeschaffung GmbH, um dieses Ziel möglichst rasch anbieten zu können?*

Bei Beschaffungen über die Bundesbeschaffung GmbH wird davon ausgegangen, dass diese den erforderlichen Mindeststandards entsprechen. Ein Austausch mit der Bundesbeschaffung findet über den Key Account statt.

Zu den Fragen 25 und 26:

- *25. Vergibt Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) Aufträge bereits nach dem Bestbieterprinzip und nicht nach dem Billigstbieterprinzip?*
 - a. *Wenn ja, seit wann?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
- *26. Vergibt Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) Aufträge bereits nach einem, um ökologische Kriterien erweiterten Bestbieterprinzip?*
 - a. *Wenn ja, welche ökologischen Kriterien kamen dabei bereits zum Schlagen?*
 - b. *Wenn ja, wie viel CO₂-wurde damit bereits eingespart?*
 - c. *Wenn nein, warum nicht?*

Öffentliche Auftraggeber sind gemäß § 91 Abs. 4 des Bundesvergabegesetzes 2018 grundsätzlich verpflichtet, dem technisch und wirtschaftlich günstigsten Angebot den Zuschlag zu erteilen (sogenanntes Bestangebotsprinzip oder Bestbieterprinzip); diese Verpflichtung wird in den Abs. 5 und 6 leg. cit. für bestimmte Auftragsvergaben näher ausgestaltet. Diesem Grundsatz wird selbstverständlich entsprochen. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass der Vorrang des „Bestbieterprinzips“ bereits seit Schaffung des Bundesvergabegesetzes im Jahr 1993 besteht. Darüber hinaus ist auch der österreichische Aktionsplan für eine nachhaltige öffentliche Beschaffung (NAP naBe) für die Zentralstelle und die nachgeordneten Dienststellen für verbindlich erklärt worden; dieser enthält

insbesondere Vorgaben für die nachhaltige öffentliche Vergabe unter Verwendung ökologischer Zuschlagskriterien. Die betreffenden Vergabeverfahren werden von der Bundesbeschaffung GmbH durchgeführt, die diese Kriterien ebenfalls anzuwenden hat und deswegen entsprechende „NAP naBe“-konforme Rahmenvereinbarungen zur Verfügung stellt; das Bundesministerium für Justiz ruft die Produkte und Dienstleistungen in weiterer Folge über den E-Shop ab.

Zur Frage 27:

- *Hat Ihr Ministerium (inkl. nachgelagerter Dienststellen und Unternehmen, die zu 100% im Eigentum des Bundes stehen) bereits einen konkreten Zeitplan für eine klimaneutrale Verwaltung bis 2040 erarbeitet?*
 - a. Wenn ja, wie lautet dieser?*
 - b. Wenn nein, stehen Sie dazu in Austausch mit der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie?*

Zusätzlich zu den Ausführungen der Anfragebeantwortung vom 21. September 2022 zur Anfrage vom 21. Juli 2022 (Nr. 11946/J-NR/2022), wird auf die Teilnahme des Bundesministeriums für Justiz an der interministeriellen Arbeitsgruppe Energiesparen im Bund und die aktive Mitarbeit zur Erstellung der Roadmap zur klimaneutralen Verwaltung hingewiesen.

Zur Frage 28:

- *Wie oft stehen Sie im Austausch mit der Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, um das Ziel des Regierungsprogramms als öffentliche Hand beim Klimaschutz vorbildlich zu agieren, zu erreichen?*

Ich stehe mit der Ministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie in regelmäßigem und engem Austausch.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.